

Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Menschen in Deutschland 2022“

Die Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) wird von der Universität Hamburg im Rahmen des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt. Sie untersucht Meinungen und Haltungen von Menschen ab 18 Jahren in Deutschland zu politischen, gesellschaftlichen und religiösen Themen. Dazu wird seit 2021 jedes Jahr eine repräsentative Befragung der erwachsenen Bevölkerung in ganz Deutschland durchgeführt, in der jeweils über 4.000 Menschen zu diesen Themen zu Wort kommen. Im Folgenden werden erste Ergebnisse der MiD-Studie aus dem Jahr 2022 (zweite Welle) vorgestellt und Veränderungen von gesellschaftlichen und politischen Einstellungen im Vergleich zur ersten Welle aus 2021 dargestellt.

Menschen in Deutschland 2022 - Wer sind unsere Teilnehmer*innen? ¹



- 4 319 Personen ab 18 Jahren haben zwischen Ende März und Anfang Juli 2022 an der Studie teilgenommen.
- 49% der Befragten sind männlich, 51% weiblich.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 51 Jahren.



- Etwa ein Drittel der Befragten (30%) hat einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss, 32% haben die Mittlere Reife und 37% Abitur.
- Mehr als die Hälfte der Befragten (55%) ist in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig. Die meisten erwerbstätigen Personen sind Angestellte oder Arbeiter*innen (84%).
- 29% der Befragten sind in Rente, Pension oder Vorruhestand.



- Etwa ein Viertel der Befragten (24%) hat einen Migrationshintergrund.
- 89% besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit).



- Zwei Drittel der Befragten verorten sich selbst in der politischen Mitte,
- Knapp ein Viertel verortet sich politisch eher im linken Bereich.
- Eine Minderheit von knapp 8% stuft sich selbst politisch eher rechts ein.



- Der Großteil der Befragten gehört einer christlichen Religion an (61%).
- Etwa 7% fühlen sich dem Islam zugehörig.
- Andere Religionen sind mit 1% der Befragten nur selten vertreten.
- Knapp ein Drittel (31%) gibt an, keiner Religion anzugehören bzw. sich keiner Religion zugehörig zu fühlen.

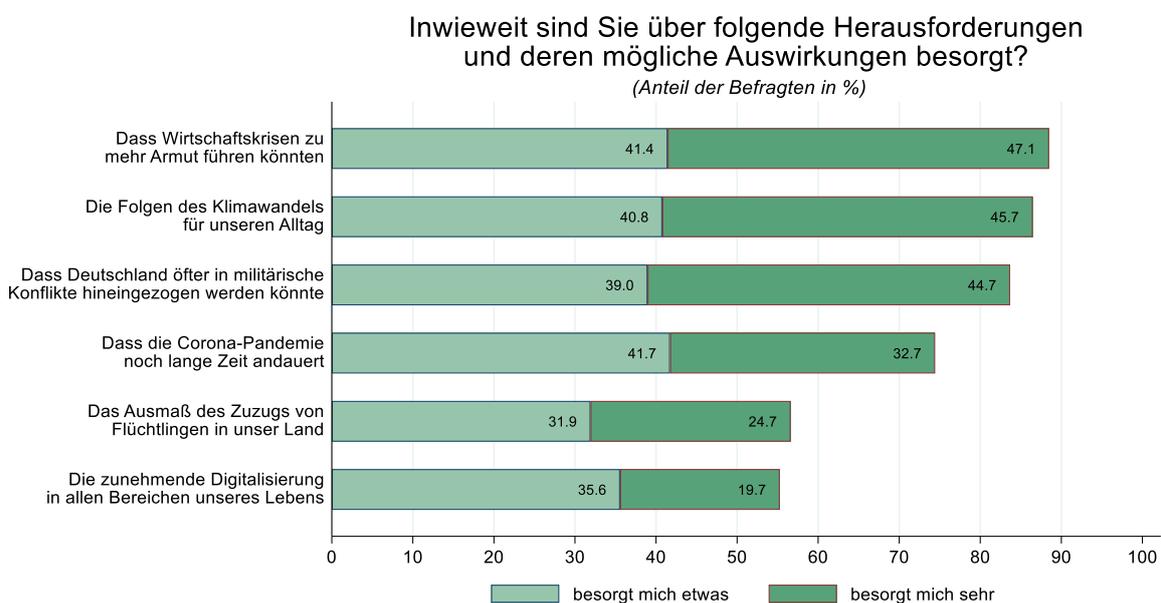
¹ Alle Auswertungen, über die hier berichtet wird, wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Dies stellt sicher, dass die Stichprobe in Bezug auf wichtige zentrale Merkmale auch den Verhältnissen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Dadurch können die Ergebnisse als repräsentativ angesehen und auf alle erwachsenen Einwohner*innen Deutschlands verallgemeinert werden. Weitere Informationen zum angewendeten Gewichtungsverfahren und zur Größe einzelner Teilstichproben finden Sie im [Forschungsbericht No. 6 zur zweiten Welle der MiD Studie](#), der online auf der Website des Lehrstuhls für Kriminologie der Universität Hamburg verfügbar ist.

Sorgen und Verunsicherung angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen und Veränderungen

Sorgen und Verunsicherungen waren unter den Befragten im Jahr 2022 weit verbreitet. Eine große Mehrheit äußerte Besorgnisse über die Auswirkungen aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen wie drohende Wirtschaftskrisen, Klimawandel, Corona-Pandemie oder militärische Konflikte.

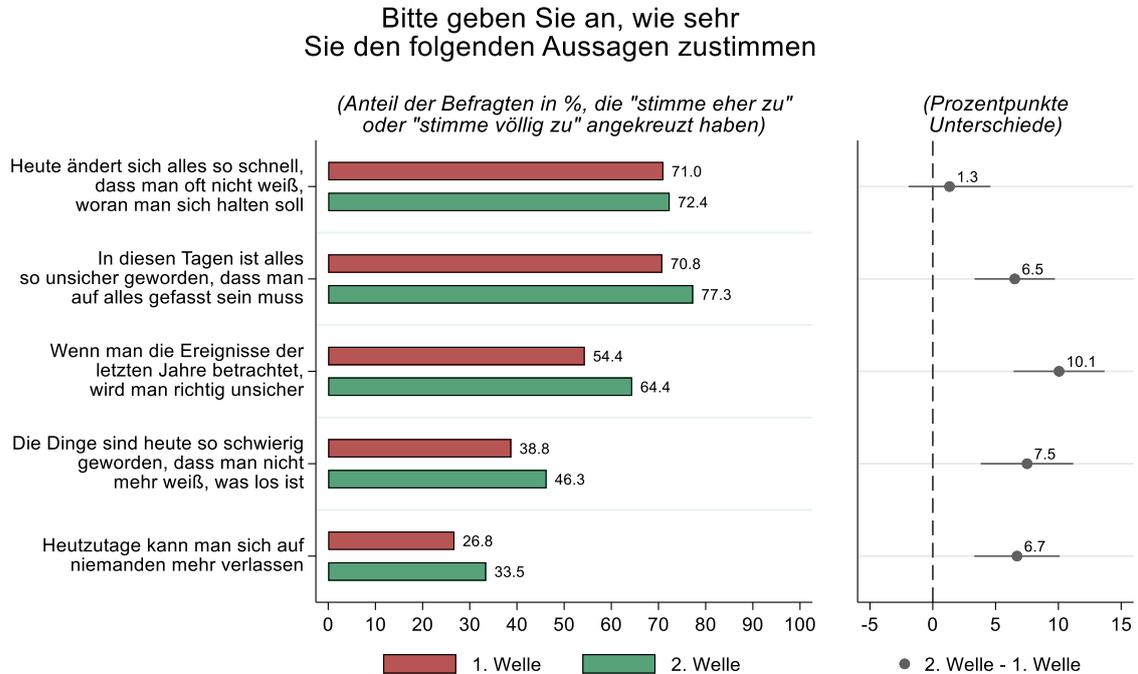
Die meisten Sorgen machten sich die Menschen im Jahr 2022 über Wirtschaftskrisen und dadurch drohende steigende Armut. Beinahe die Hälfte (47.1%) gab an, „sehr besorgt“ darüber zu sein, weitere 41.4% waren „etwas besorgt“ angesichts solcher Entwicklungen. Ähnlich hoch waren mit insgesamt 86.5% die Besorgnisse mit Blick auf die Folgen des Klimawandels sowie die Besorgnis, „dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte“ (insgesamt 83.7%). Demgegenüber gab nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten an, besorgt über die zunehmende Digitalisierung (55.3%) und den Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland (56.6%) zu sein.

Die Ergebnisse des Jahres 2022 lassen sich wegen veränderter Formulierungen der Fragen nicht direkt mit denen des Vorjahres vergleichen. Dennoch ist die Tendenz erkennbar, dass die Mehrheit der Befragten sich in einem ähnlich hohen Ausmaß wie bereits 2021 weiterhin Sorgen angesichts aktueller Entwicklungen macht (für weitere Informationen vgl. die [Kurzergebnisse der Studie MiD 2021](#)). Insbesondere die Sorge, dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen (von 70% auf 83.7%), was angesichts des zwischenzeitlichen Ausbruchs des Ukraine-Krieges zu erwarten war.



Über solche konkret benannten Herausforderungen und Sorgen hinaus wurde auch allgemeiner erfasst, wie verbreitet Gefühle der Verunsicherung aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und Neuerungen in der Bevölkerung sind. Die höchste Zustimmung erhielten, wie schon im Jahr 2021, Aussagen zu Verunsicherungen aufgrund schneller Veränderungen (72.4%), und das Gefühl, „auf alles gefasst sein“ zu müssen (77.3%). Während der Anteil der Zustimmung auf die erste Aussage 2022 genauso hoch ist wie im Jahr 2021, hat sich die Zustimmung auf die zweite Aussage um mehr als 6 Prozentpunkte erhöht. Anstiege zeigen sich auch für die Aussagen, dass man unsicher werde, wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet (von 54.4% auf 64.4%) sowie die Feststellung, dass die Dinge heute so schwierig geworden sind, dass man „nicht mehr weiß, was los ist“ (von 38.8% auf 46.3%).

Am wenigsten Zustimmung fand hingegen die Aussage „Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen“ mit 33.5%. Zwar lässt dies auf eine eher geringe Unsicherheit im Bereich persönlicher sozialer Verbundenheit schließen, aber auch hier ist ein deutlicher Anstieg der Rate der insoweit Verunsicherten um 6.7 Prozentpunkte zu erkennen.



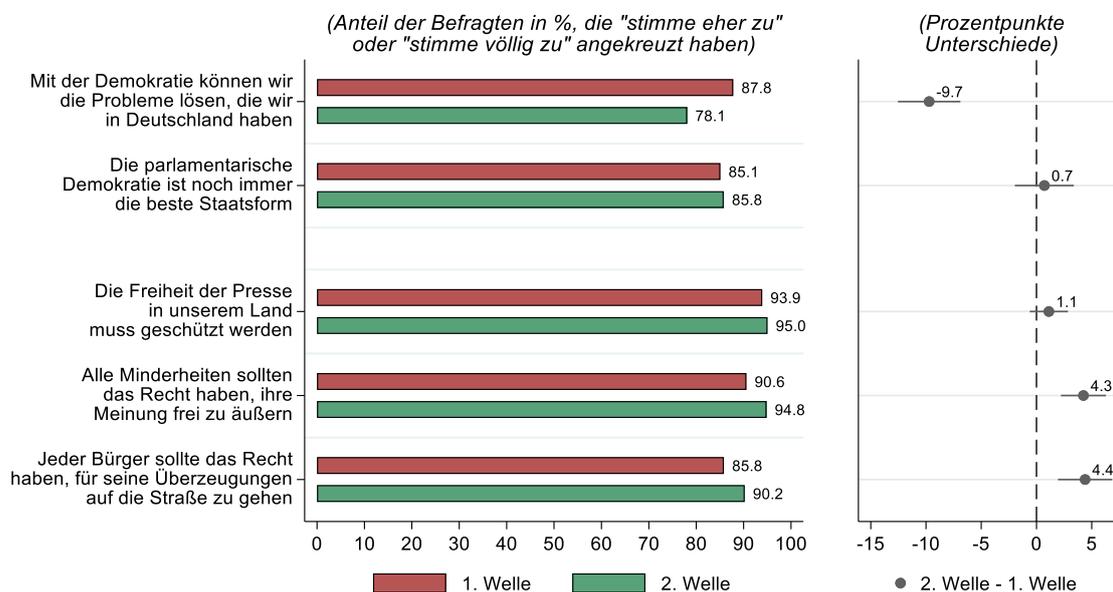
Insgesamt haben damit im Vergleich zum Vorjahr alle Aussagen mehr Zustimmung erhalten. Aktuelle Krisen und Veränderungen, die sich zwischen den beiden Befragungen ereignet haben, lösen demnach eine zum Teil deutlich erhöhte allgemeine Verunsicherung aus, die zusammengenommen mehr als die Hälfte der Bevölkerung betrifft.

Bewertung der Demokratie und Vertrauen in die Politik

Die Demokratie als Basis des politischen Systems in Deutschland erfährt in der Bevölkerung nach wie vor eine breite Zustimmung: 85.8% der Befragten halten die parlamentarische Demokratie für die beste Staatsform. Zugleich glaubten aber 2022 deutlich weniger Menschen als noch 2021, dass mit der Demokratie die Probleme in Deutschland tatsächlich gelöst werden können. Zwar stimmt eine Mehrheit von 78.1% der Befragten der entsprechenden Aussage zu. Diese Zustimmungsrates ist aber im Vergleich zum Vorjahr um 9.7 Prozentpunkte gesunken. Trotz einer sehr hohen allgemeinen Akzeptanz der Demokratie als Staatsform zweifeln demnach zunehmend mehr Personen daran, dass damit auch die Lösung aktueller Probleme gelingen kann.

Die Akzeptanz wichtiger Grundrechte und Freiheiten wie die Versammlungsfreiheit („Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen“), die Meinungsfreiheit („Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern“) und die Pressefreiheit („Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden“) ist demgegenüber etwas größer geworden. Insbesondere die positiven Bewertungen der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit haben um jeweils mehr als 4 Prozentpunkte zugenommen. Insgesamt erfahren alle hier erfassten Grundrechte mit Raten von 90.2% bis 95% eine sehr breite Zustimmung.

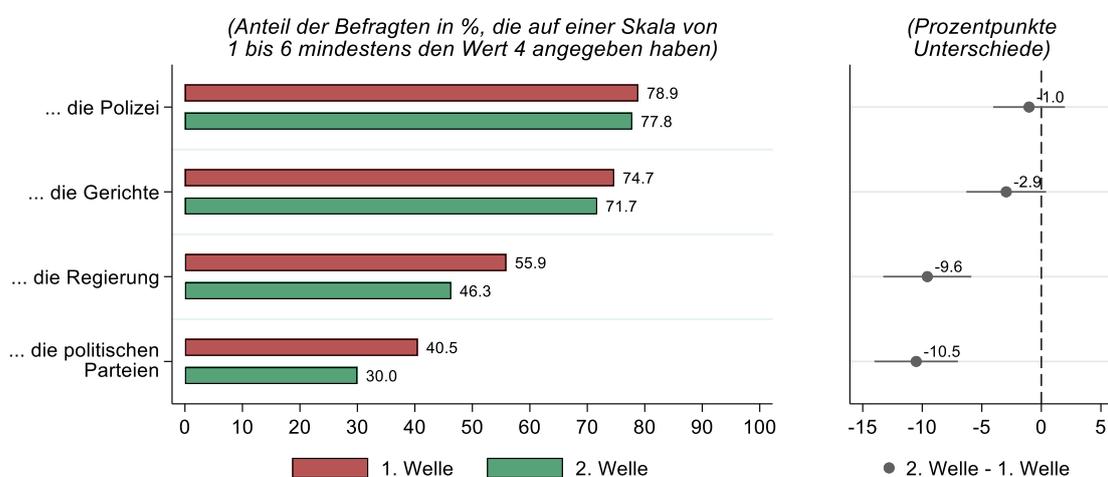
Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen



Die hier erkennbar angestiegene Skepsis und die Zweifel mit Blick auf die Problemlösefähigkeit der Demokratie angesichts aktueller Herausforderungen spiegeln sich auch in den Angaben zum Vertrauen in relevante politische Institutionen wider.

Zwar erwies sich das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und die Gerichte mit 77.8% bzw. 71.9% als ungebrochen hoch, in Bezug auf politische Akteure fiel das Vertrauen jedoch deutlich geringer aus: Den politischen Parteien sowie der Regierung vertrauten mit 30% bzw. 46.3% weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieses Vertrauen 2022 zudem in dieser Hinsicht jeweils um knapp 10 Prozentpunkte gesunken, was eine sehr beträchtliche Verschlechterung anzeigt.

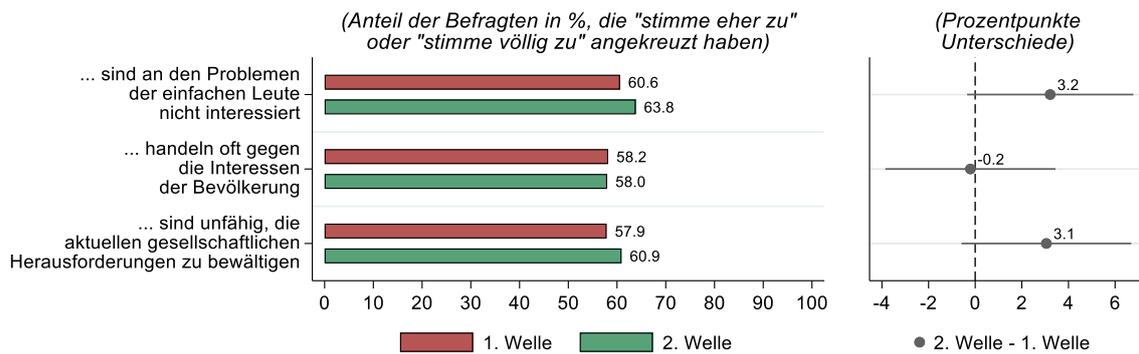
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...



Dieser deutliche Rückgang des allgemeinen Vertrauens in politische Institutionen und Akteure, zeigt sich auch in den Bewertungen und Meinungen der Befragten mit Blick auf Einschätzungen

der Motive und Kompetenzen wichtiger Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Die meiste Zustimmung erhielt diesbezüglich mit 63.8% die Aussage, diese Akteure seien „an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert“. Ebenfalls deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (60.9%) gab an, Entscheidungsträger*innen seien „unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen“. Auch die Aussage, dass diese „oft gegen die Interessen der Bevölkerung“ handelten², erhielt eine ähnlich hohe Zustimmung (58%). Die Zustimmungsraten liegen insgesamt in einem ähnlichen Bereich wie schon im Jahr 2021, wobei sich allerdings für die Annahmen von mangelndem Interesse sowie der Unfähigkeit zur Problemlösung tendenziell Anstiege finden lassen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...



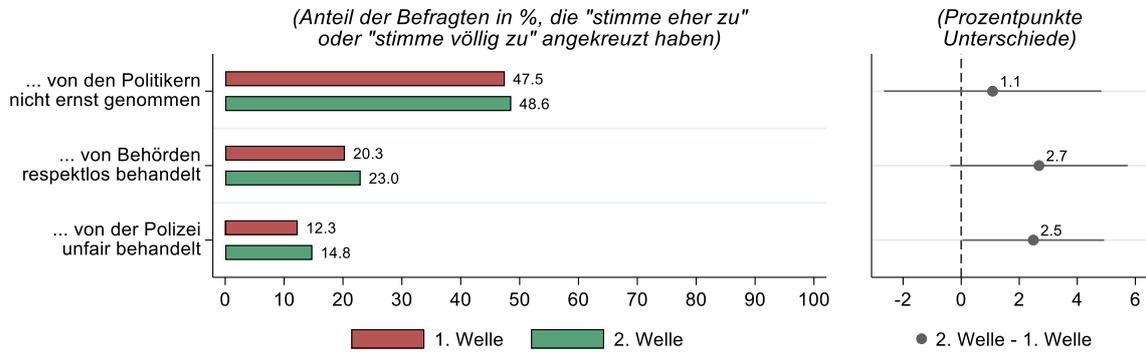
Die Befragten wurden ferner gebeten, unabhängig von direkten eigenen Erlebnissen auch Angaben dazu zu machen, wie Menschen, die so sind wie sie selbst (die also der eigenen sozialen Gruppe angehören), durch staatliche Institutionen behandelt werden.

Im Zentrum steht hier die subjektive Wahrnehmung von Respekt, Fairness und Anerkennung seitens der Vertreter*innen von Politik und staatlichen Behörden im direkten Kontakt mit Bürger*innen. Dies hat nach den Erkenntnissen der Forschung eine hohe Bedeutung für die Akzeptanz dieser Institutionen und von gesellschaftlichen Regeln, Werte und Gesetze, die durch diese Institutionen repräsentiert werden. Die Erfahrung von Respekt und Fairness sowie echtem Interesse sind entscheidend dafür, wie stark Menschen sich mit unserem politischen System und Staatswesen identifizieren und sich als zugehörig und anerkannt fühlen.

Diesbezüglich gab , ähnlich wie schon 2021; fast die Hälfte (48.6%) an, dass Menschen wie sie selbst ihrer Einschätzung nach von Politiker*innen nicht ernst genommen werden. Besser fiel die Bewertung staatlicher Behörden allgemein sowie der Polizei im Speziellen aus. Nur 23% bzw. 14.8% nahmen hier Formen einer respektlosen oder unfairen Behandlung wahr. Im Vergleich zu 2021 ist aber auch hier ein leichter Anstieg um jeweils etwas mehr als 2 Prozentpunkte zu verzeichnen.

² Die Formulierung dieser Aussage hat sich im Vergleich zu 2021 leicht verändert. Dort wurde die Formulierung „...handeln oft wider besseren Wissens gegen die Interessen der Bevölkerung“ verwendet.

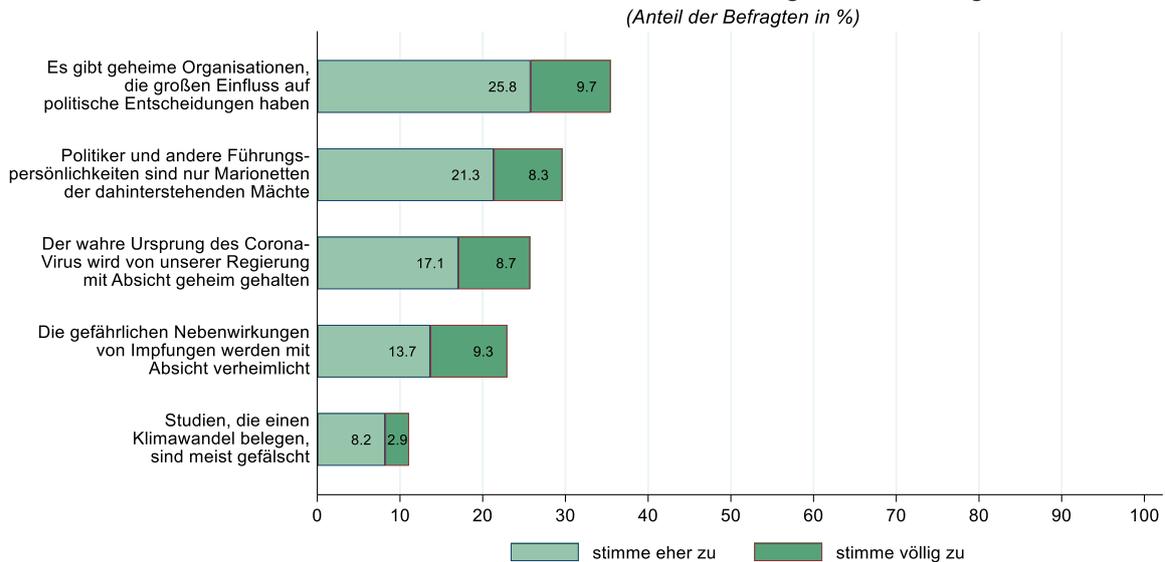
Hier bei uns werden Menschen wie ich ...



Im Jahr 2022 wurde erstmals auch erfasst, wie verbreitet die Neigung zur Akzeptanz von Verschwörungsmysthen ist – d.h. von faktisch nicht belegbaren Annahmen, dass gesellschaftliche Ereignisse, Situationen oder Entwicklungen durch geheime Mächte gesteuert werden. Mit 35.5% fand die Annahme, dass es geheime Organisationen gebe, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, eine bemerkenswert hohe Zustimmung. 29.6% stimmten darüber hinaus der Aussage zu, dass Politiker*innen und andere Persönlichkeiten „*Marionetten der dahinterstehenden Mächte*“ seien.

Etwas weniger weit verbreitet war die Zustimmung zu themenbezogenen Verschwörungsmysthen. Jeweils etwa ein Viertel der Befragten stimmte Aussagen zur absichtlichen Geheimhaltung des Ursprungs des Corona-Virus (25.8%) und der gefährlichen Nebenwirkungen von Impfungen (23%) zu. Mehr als jede*r Zehnte glaubte zudem, dass „*Studien, die einen Klimawandel belegen, meist gefälscht*“ seien.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



In der Summe zeigen die Befunde des Jahres 2022 zur Bewertung von Demokratie, Staat und Politik, dass das Vertrauen in die politischen Akteure (Regierung und Parteien) im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken ist. Dies geht einher mit einer wachsenden Skepsis in Bezug auf die Fähigkeit der Demokratie, die aktuellen Probleme auch tatsächlich lösen zu können. Grund- und Freiheitsrechte werden aber nach wie vor von der weit überwiegenden Mehrheit positiv bewertet. Auch staatliche Institutionen im Bereich von Rechtspflege und Strafverfolgung, wie Polizei und Gerichte genießen nach wie vor hohes Vertrauen und werden weniger kritisch beurteilt als

politische Akteure in der Regierung und den Parteien. Insgesamt nahm diese Akzeptanz und das Vertrauen auf allen Ebenen 2022 im Vergleich zum Vorjahr jedoch ab.

Die kritische Beurteilung relevanter Entscheidungsträger*innen aus Politik und Gesellschaft setzt sich teilweise auch in der Verbreitung der Neigung zum Verschwörungsglauben fort. Insbesondere die Annahme, dass geheime Mächte und Organisationen Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben, betrifft zwar eine Minderheit, ist aber trotzdem vergleichsweise häufig anzutreffen: Bei mehr als einem Viertel der Bevölkerung ist eine solche Tendenz zu erkennen, Verschwörungsmymen zu übernehmen und so in einer Situation subjektiv hoher Verunsicherung einfache Erklärungen für schwierige und bedrohliche Entwicklungen und Probleme einzusetzen.

Es ist von einem Geflecht wechselseitiger Einflüsse auszugehen. Ein allgemeines Misstrauen gegenüber Akteuren aus Politik und Wissenschaft wird hier verbunden mit Besorgnissen über aktuelle Krisen und Entwicklungen wie der Corona-Pandemie, dem Klimawandel oder dem Krieg in der Ukraine. Dies wiederum geht mit vermehrter Verunsicherung und einem Anstieg der Skepsis gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen wie auch der Funktions- und Problemlösefähigkeit der Demokratie einher.

Unsere Studie legt einen ihrer Schwerpunkte auf politische und gesellschaftliche Zustände und deren Bewertung durch die Befragten. Nur wenn uns Menschen berichten, welche Erfahrungen und Beobachtungen sie machen, können wir erkennen, welche Probleme sie wahrnehmen und wie sie diese beurteilen. Deshalb fragen wir in unseren Studien einerseits nach den eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung und andererseits nach Beobachtungen im eigenen Lebensumfeld, die auf Intoleranz, Vorurteile und politischen Extremismus hinweisen könnten. Dies hilft uns dabei, Aussagen darüber zu treffen, wie verbreitet solche Situationen und Erfahrungen in Deutschland sind und inwiefern sich Menschen davon bedroht fühlen.

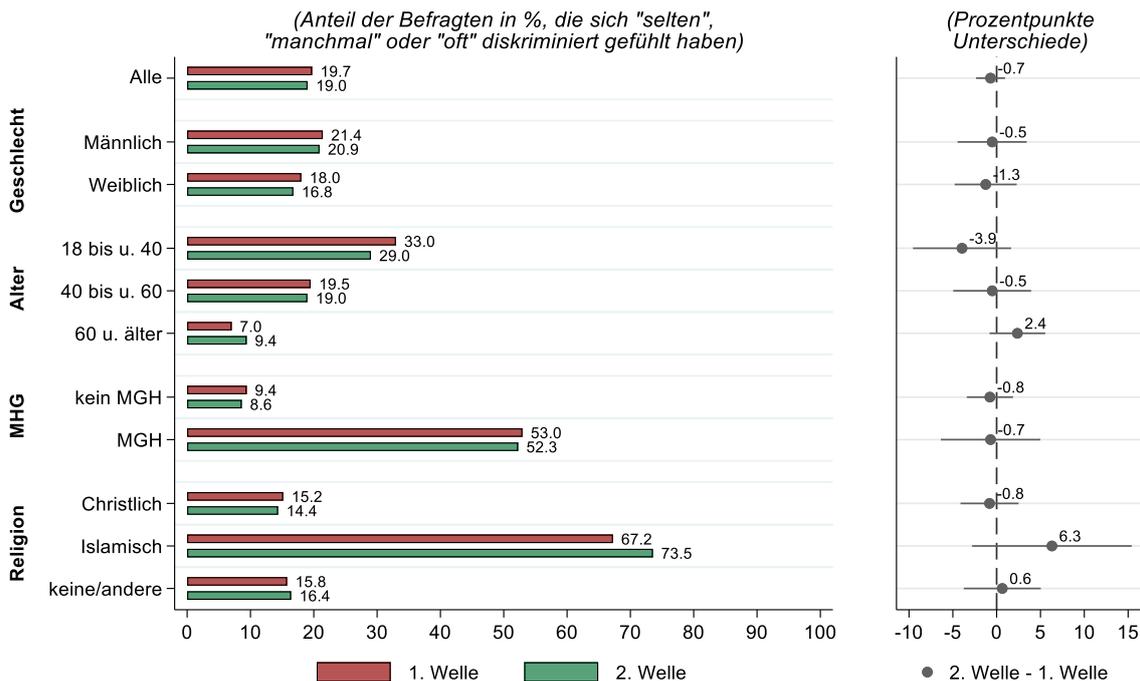
Eigene Erfahrungen mit Diskriminierung

Insgesamt gab mehr als die Hälfte der Befragten an, in den letzten 12 Monaten persönlich eine Form von Diskriminierung erlebt zu haben. Hier zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede je nach Art der Diskriminierung und den Merkmalen der Befragten (Altersgruppe, Geschlecht, Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit).

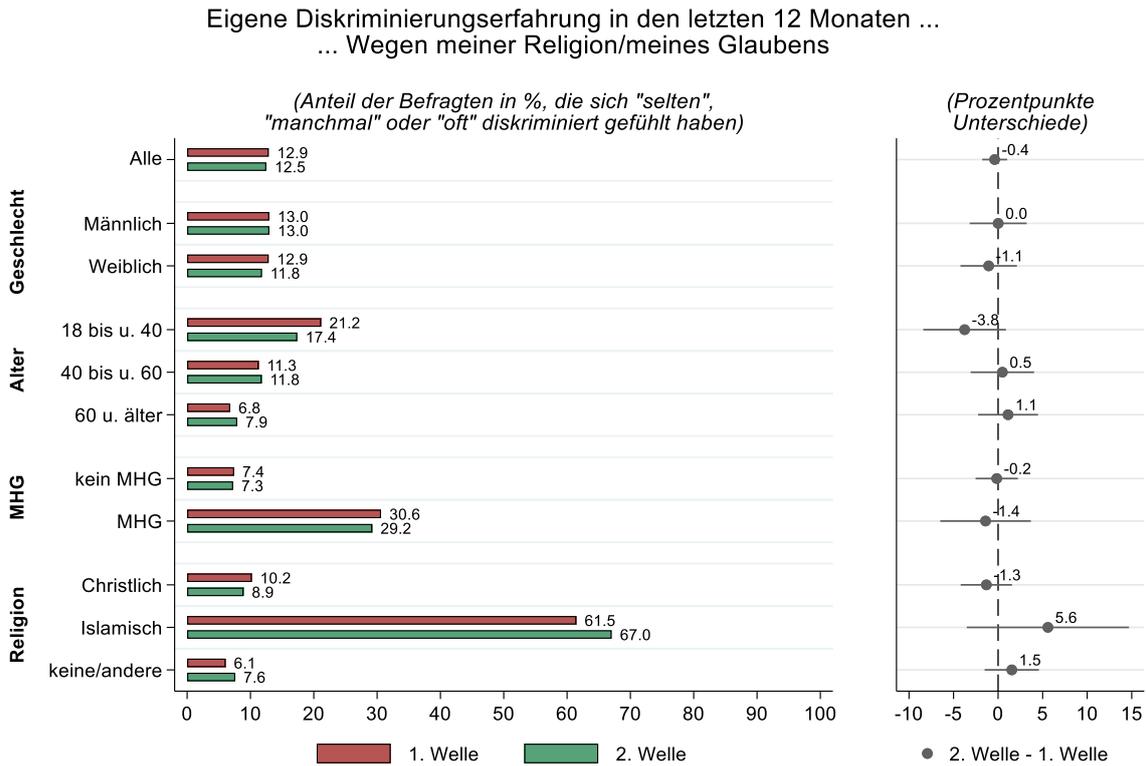
Diskriminierungen wegen der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft oder der Nationalität wurden etwas häufiger von Männern berichtet und deutlich häufiger von jüngeren als von älteren Personen. So gaben 29% der Befragten unter 40 Jahren an, aus diesen Gründen diskriminiert worden zu sein. Bei Personen ab 60 Jahren liegt die Rate nur bei 9.4%.

Hervorzuheben ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund (52.3%) und Personen islamischen Glaubens eine solche herkunftsbezogene Diskriminierung im letzten Jahr deutlich häufiger erlebt haben als andere Personen. Zudem zeigt sich, dass solche Erfahrungen unter Personen mit islamischer Religion im Jahr 2022 mit einem Anstieg von 67.2% auf 73.5% tendenziell zugenommen haben.

Eigene Diskriminierungserfahrung in den letzten 12 Monaten ...
... Wegen meiner Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Nationalität

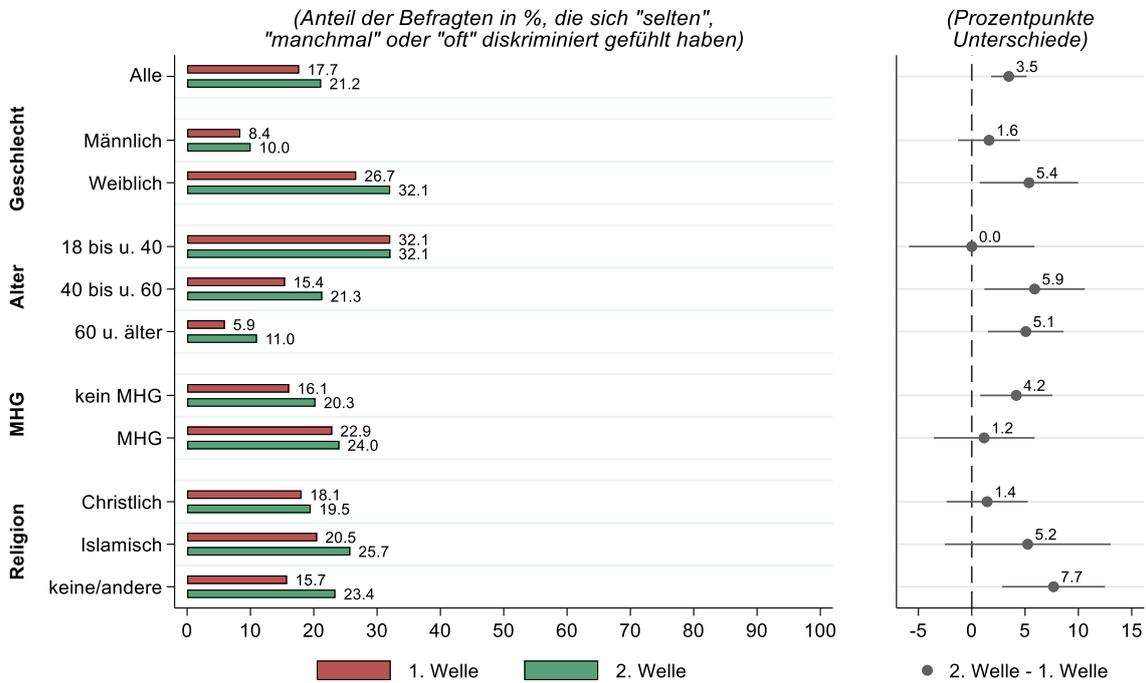


Ein ähnliches Bild findet sich für die Verbreitung von Diskriminierungen wegen der Religion bzw. des Glaubens. Auch diese wurden häufiger von jüngeren Personen zwischen 18 und 40 Jahren berichtet. Deutlich gehäuft tritt eine solche religionsbezogene Diskriminierung bei Personen mit Migrationshintergrund (29.2%) sowie bei Muslim*innen (67%) auf. Bei beiden Gruppen, insbesondere aber bei der letztgenannten, ist daher von einem hohen Risiko der Mehrfachdiskriminierung auszugehen, das zudem - wie schon in Bezug auf herkunftsbezogene Diskriminierungen festzustellen war - im letzten Jahr leicht angestiegen ist.



Für die geschlechtsbezogene Diskriminierung zeigen sich die deutlichsten Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt gaben 21.2% der Befragten an, dass sie aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert wurden, wobei diese Rate bei Frauen (32.1%) deutlich höher ausfällt als bei Männern (10%). Berichte über solche Diskriminierungserfahrungen sind seit 2021 bei Frauen, aber auch bei Personen ab 40 Jahren um jeweils mehr als 5 Prozentpunkte angestiegen. Auch für Personen ohne Migrationshintergrund sowie bei Personen mit islamischer oder keiner Religionszugehörigkeit lässt sich ein ähnlicher Trend beobachten.

Eigene Diskriminierungserfahrung in den letzten 12 Monaten ...
... Wegen meines Geschlechts



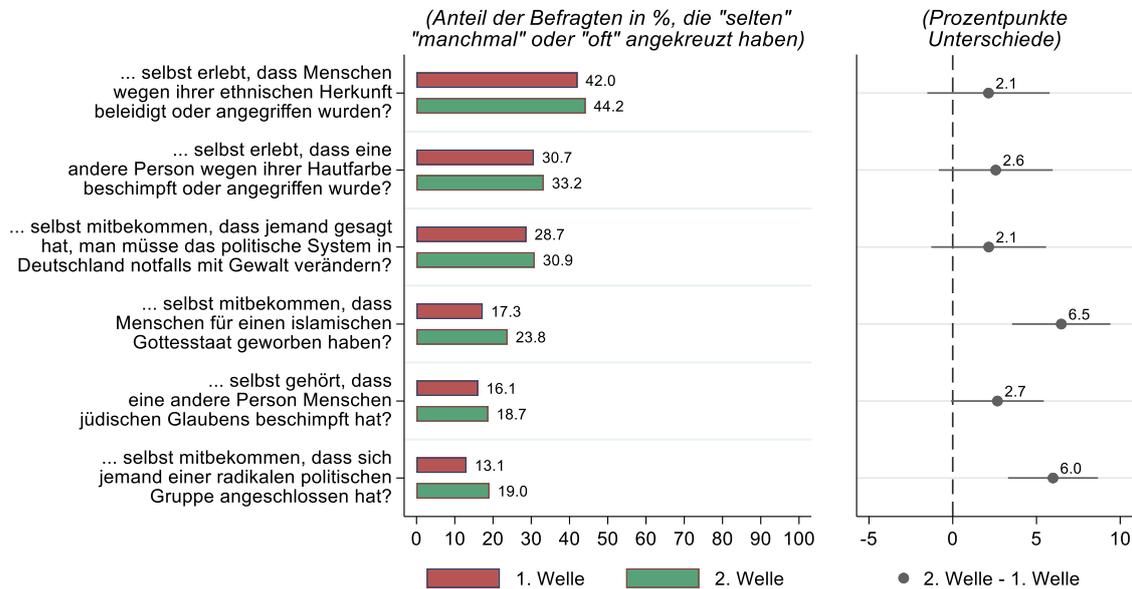
Insgesamt finden sich damit im Jahr 2022 insbesondere unter den Frauen deutlich mehr Personen, die über geschlechtsbezogene Diskriminierungserfahrungen berichten. Die Entwicklung der Verteilung über die Altersgruppen deuten darauf hin, dass insbesondere unter den Befragten ab 40 Jahre aufwärts die Sensibilität für entsprechend problematische Situationen und damit die Wahrnehmung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung angestiegen ist, was wesentlich zu dem insgesamt zu erkennenden Zuwachs beigetragen haben dürfte.

Wahrnehmung von Intoleranz und politischen Extremismen im eigenen Lebensumfeld

Neben den Fragen zu eigenen Diskriminierungserfahrungen wurden die Befragten auch gebeten, über Wahrnehmungen von Geschehnissen in ihrem sozialen Lebensumfeld zu berichten, die sie beobachtet haben und die politisch bedeutsam sein könnten. Solche Beobachtungen wurden 2022 insgesamt etwas häufiger angegeben als im Jahr zuvor. Die meisten Befragten (44.2%) gaben an, in den letzten 12 Monaten mindestens selten miterlebt zu haben, dass „Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden“. Knapp ein Drittel der Befragten (33.2%) hat selbst beobachtet, „dass eine andere Person wegen ihrer Hautfarbe beschimpft oder angegriffen wurde“. Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind also weiterhin für viele Befragte ein direkt wahrnehmbares Problem in ihrem Lebensumfeld.

Auch Hinweise auf politischen Extremismus und Radikalisierungsprozesse wurden 2022 von den Befragten teilweise häufiger wahrgenommen als 2021. Beobachtungen, „dass Menschen für einen islamischen Gottesstaat geworben haben“ (23.8%) und „dass sich jemand einer radikalen politischen Gruppe angeschlossen hat“ (19%), sind im vergangenen Jahr um 6.5 bzw. 6 Prozentpunkte gestiegen.

Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem persönlichen Umfeld ...



Dies ist ein erster Hinweis auf eine vermehrte Wahrnehmung von Fällen politischen Extremismus im vergangenen Jahr.

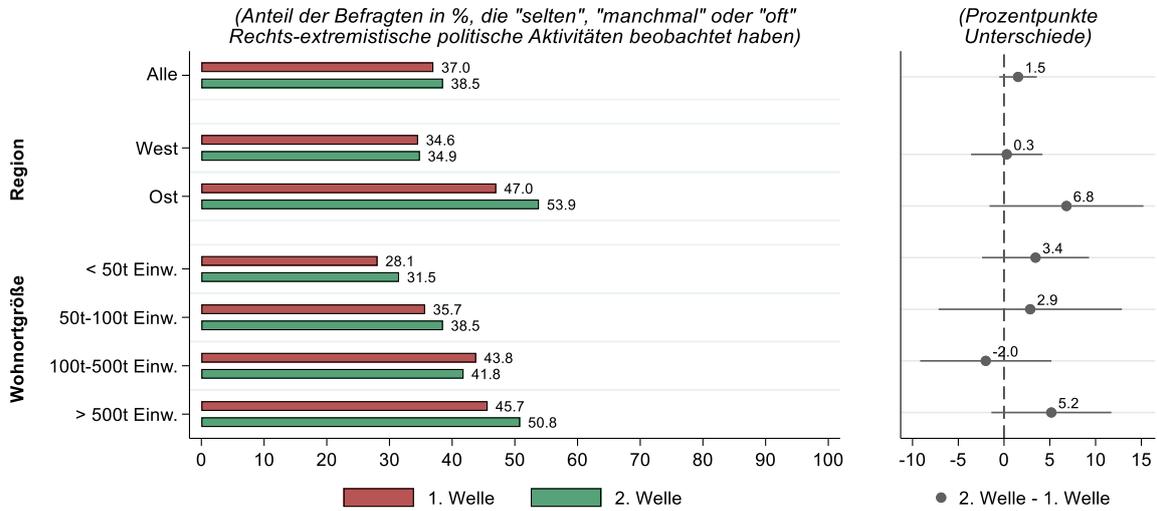
Die Befragten wurden darüber hinaus auch zu ihren Wahrnehmungen und Beobachtungen verschiedener politischer Extremismen - in Form von linksextremistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Aktivitäten - im eigenen Lebensumfeld befragt.

Hier zeigt sich, dass rechtsextremistische Aktivitäten am häufigsten beobachtet wurden (38.5%), gefolgt von linksextremistischen Aktivitäten (32.9%). Am seltensten wurden islamistische Aktivitäten beobachtet (21.6%). Das Ausmaß solcher Wahrnehmungen hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert, allerdings wurde etwas weniger von islamistischen Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld berichtet.

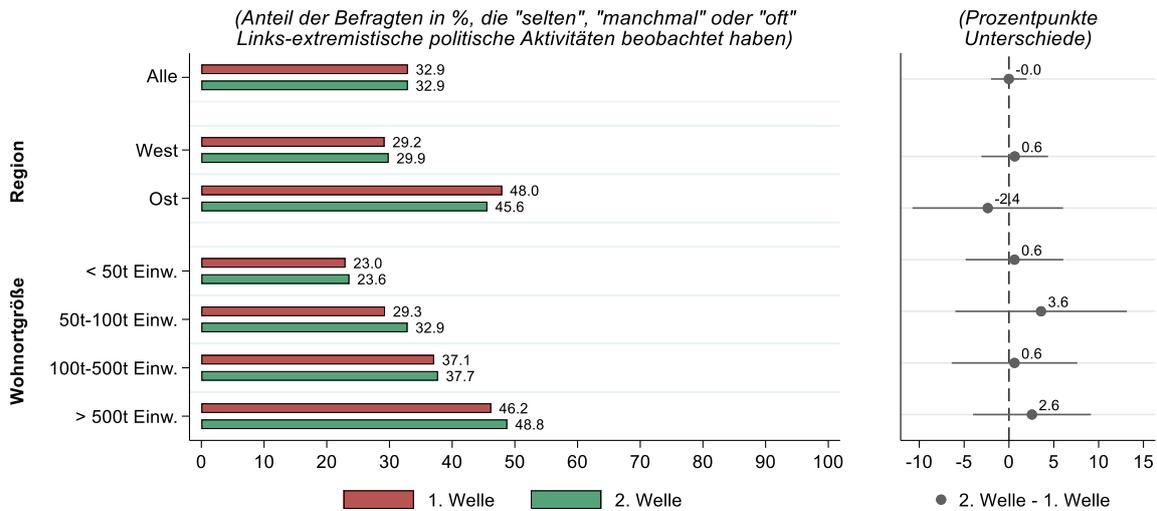
Bei einer Aufschlüsselung der Beobachtungshäufigkeiten nach regionalen Merkmalen zeigt sich, dass in mittleren Städten und Großstädten die Raten derer, die solche Aktivitäten mindestens „selten“ wahrgenommen haben, jeweils höher ausfällt als bei Befragten, die in kleineren Orten leben. Dies war allerdings auch zu erwarten, da durch die höhere Bevölkerungsdichte in einer Großstadt im Vergleich zu kleineren Orten die Möglichkeit zur Beobachtung solcher Aktivitäten häufiger besteht und politische Protestgeschehnisse generell eher in größeren Städten stattfinden.

Ein weiterer Unterschied der Beobachtungshäufigkeiten findet sich im Ost-West-Vergleich, wobei sowohl rechts- als auch linksextremistische Aktivitäten in den östlichen Bundesländern deutlich häufiger beobachtet wurden als in westlichen Bundesländern. Im Westen wurden solche Beobachtungen von jeweils knapp einem Drittel (29.9% bzw. 34.9%) der Befragten gemacht, im Osten äußerte dies ungefähr die Hälfte der Befragten (45.6% bzw. 53.9%). Rechtsextremistische Aktivitäten wurden 2022 im Vergleich zu 2021 im Osten deutlich häufiger beobachtet, linksextremistische Aktivitäten hingegen tendenziell seltener. Im Bereich des islamistischen Extremismus schwanken die Werte je nach regionaler Verortung der Befragten im Vergleich zum Vorjahr um bis zu +/- 4 Prozentpunkte. Ein eindeutiger Trend ist somit bei keinem der drei extremistischen Phänomenbereiche zu erkennen.

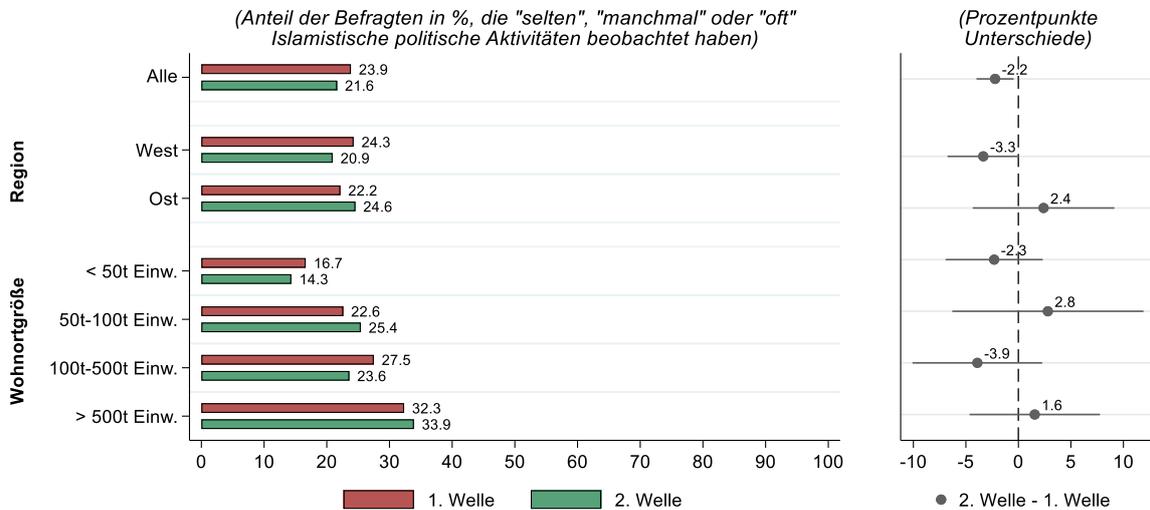
Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Rechts-extremistische politische Aktivitäten



Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Links-extremistische politische Aktivitäten



Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde beobachtet ...
... Islamistische politische Aktivitäten



Neben der Häufigkeit der reinen Beobachtung von politisch-extremistischen Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld wurde auch erfragt, inwiefern sich Menschen in ihrem Lebensumfeld persönlich von politisch motivierter Gewalt bedroht fühlen.

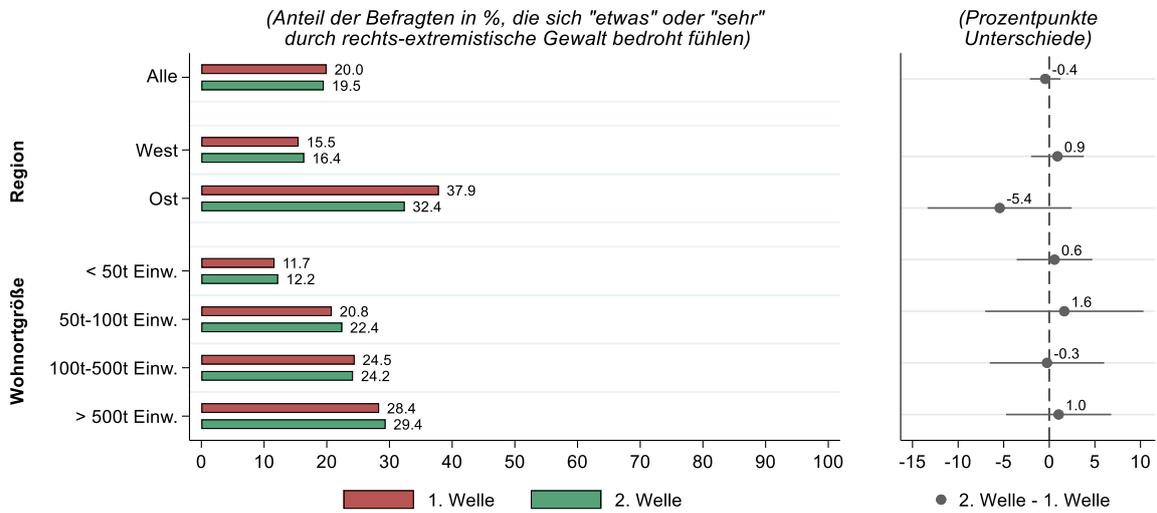
Das höchste Bedrohungsgefühl geht demnach von rechtsextremistischer Gewalt aus, von der sich 19.5% der Befragten im Jahr 2022 etwas oder sehr bedroht fühlten. Auffällig ist, dass mit einem Anteil von 15% die Bedrohung durch islamistische Gewalt folgt, obwohl Beobachtungen solcher Aktivitäten im Vergleich der drei Extremismusformen am seltensten berichtet wurden. Insgesamt fällt das Ausmaß der empfundenen Bedrohung aber geringer aus, als es die Beobachtungshäufigkeiten vermuten lassen könnten. Im Vergleich zum Vorjahr sind hier keine Veränderungen zu verzeichnen.

Wie schon bei der Beobachtung extremistischer Aktivitäten zeigt sich auch in Bezug auf die Gefühle der Bedrohung durch politisch-extremistische Gewalt, dass diese in Großstädten häufiger sind.

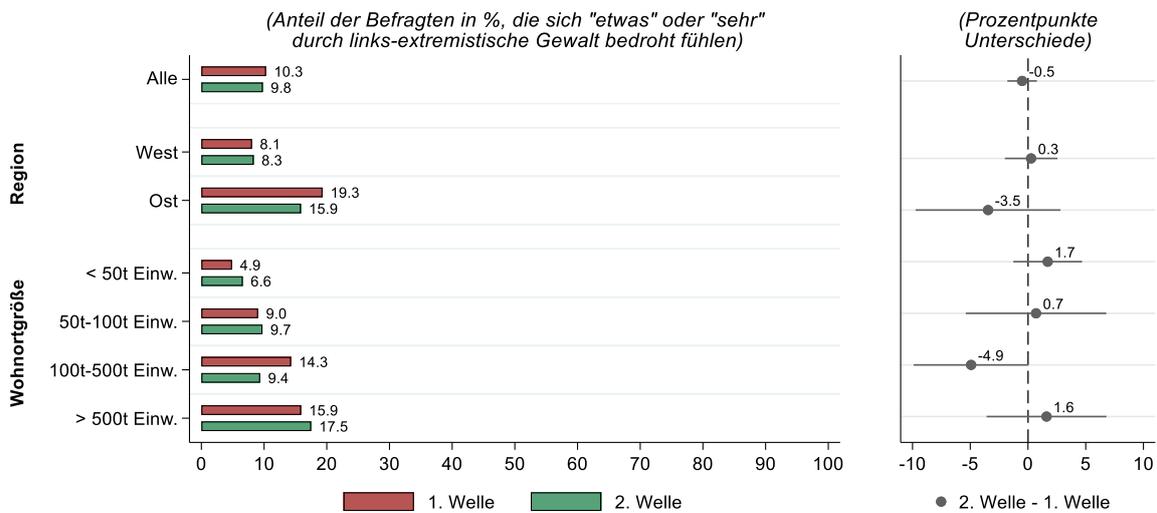
Veränderungen zwischen 2022 und 2021 beziehen sich in erster Linie auf mittlere Großstädte (100.000 bis 500.000 Einwohner*innen), in denen sich Bedrohungsgefühle in Bezug auf linksextremistische und islamistische Gewalt verringert haben. Im Kontrast dazu zeigt sich eine im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Rate der Bedrohungsgefühle wegen islamistischer Gewalt in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern.

Das Ausmaß der empfundenen Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalt ist ferner in ostdeutschen Bundesländern tendenziell zurückgegangen, in Bezug auf islamistische und linksextremistische Gewalt aber nahezu gleich geblieben.

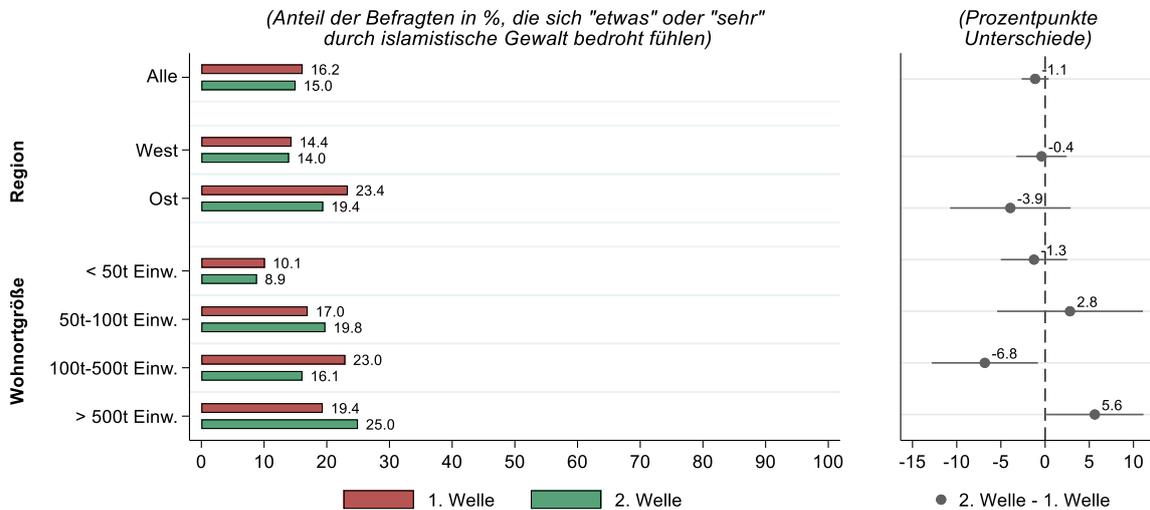
In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Rechts-extremistische Gewalt



In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Links-extremistische Gewalt



In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde bedroht durch ...
... Islamistische Gewalt



Diese Auswertungen zeigen beispielhaft, dass die Entwicklung der Beobachtungshäufigkeit bestimmter Aktivitäten nicht notwendig auch mit einer entsprechenden Größenordnung der Bedrohungswahrnehmungen verbunden sein muss. Vielmehr ist anzunehmen, dass hier weitere Faktoren eine Rolle spielen.

Ziel der Studie „Menschen in Deutschland“ ist es, genau solche Faktoren zu identifizieren und aufzuzeigen, wie sich gesellschaftliche Situationen und ihre Veränderungen auf das Leben der Menschen in Deutschland auswirken.

Ein wichtiges Thema ist dabei vor allem die Frage, wie sich die Einschätzung von Politik und Gesellschaft im weiteren Zeitverlauf in den nächsten Jahren entwickeln und möglicherweise auch wandeln wird und wie sich das auf die Verbreitung von Formen des politischen Extremismus sowie der Akzeptanz bzw. Ablehnung unserer Demokratie auswirkt. Die Befragungen im Rahmen unserer Studie „Menschen in Deutschland“ werden in den nächsten Jahren kontinuierlich weitergeführt, so dass Veränderungen sichtbar gemacht und deren mögliche Hintergründe beleuchtet werden können.

Dieser kurze Bericht sollte einen ersten Einblick in Fragestellungen und ausgewählte Befunde unserer Untersuchung „Menschen in Deutschland 2022“ geben. Wir möchten diese Gelegenheit auch nutzen, uns bei allen Befragten ganz herzlich für ihre Zeit zu bedanken.

Vielen Dank, dass Sie uns durch Ihre Teilnahme an der Befragung unterstützt haben!

Für Rückfragen kontaktieren Sie gerne unser Team an der Universität Hamburg über mid-studie@uni-hamburg.de.